

Unselige Kontinuitäten - Eindrücke und Erfahrungen bei der Lektüre der Zeitschrift "Raumforschung und Raumordnung" ; 1936-1953

Strubelt, Wendelin

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL)

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Strubelt, W. (2009). Unselige Kontinuitäten - Eindrücke und Erfahrungen bei der Lektüre der Zeitschrift "Raumforschung und Raumordnung" ; 1936-1953. In H. Mäding, & W. Strubelt (Hrsg.), *Vom Dritten Reich zur Bundesrepublik: Beiträge einer Tagung zur Geschichte von Raumforschung und Raumplanung* (S. 10-20). Hannover: Verl. d. ARL. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-360327>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Wendelin Strubelt

Unselige Kontinuitäten – Eindrücke und Erfahrungen bei der Lektüre der Zeitschrift „Raumforschung und Raumordnung“. 1936–1953

S. 10 bis 20

Aus:

Heinrich Mäding, Wendelin Strubelt (Hrsg.)

Vom Dritten Reich zur Bundesrepublik

Beiträge einer Tagung zur Geschichte von Raumforschung und Raumplanung

Arbeitsmaterial der ARL 346

Hannover 2009

Wendelin Strubelt

Unselige Kontinuitäten – Eindrücke und Erfahrungen bei der Lektüre der Zeitschrift „Raumforschung und Raumordnung“. 1936–1953

1

Wer in der Nachkriegszeit in der Bundesrepublik studierte, kam eigentlich nicht umhin, sich mit der NS-Vergangenheit auseinanderzusetzen – falls dies nicht schon in der Schulzeit geschehen war. Diese allgemeine Auseinandersetzung bezog sich jedoch selten auf die Vergangenheit der jeweiligen Fachdisziplin, obwohl es noch zu meiner Zeit Hochschullehrer gab, die schon vor 1945 lehrend tätig gewesen waren, z. B. auch in der evangelischen Theologie.

Erst in den 60er Jahren griffen die Universitäten ihre eigene Vergangenheit auf. Viele Universitäten veranstalteten Ringvorlesungen.

Für mich, der ich in Erlangen zu studieren begann, war eine eventuelle „NS-Kontaminierung“ meiner Fachdisziplin bzw. Studienfächer kein Thema. War doch der mich wesentlich inspirierende Waldemar Besson schon wegen seines Alters und seiner Herkunft als Hans-Rothfels-Schüler – trotz dessen jetzt wieder diskutierter deutsch-nationalen Hintergründe – über jeden Verdacht erhaben; ganz im Unterschied etwa zu Conze oder Schieder.

Außerdem orientierte sich die Ausrichtung des Faches Politische Wissenschaft sowie so eher an angloamerikanischen Traditionen denn an möglichen deutschen Wurzeln im 20. Jahrhundert. Allerdings kam ich dann doch der NS-Vergangenheit des Faches näher, als ich in einem Hauptseminar Bessons zur Idee der Staatsräson – Meinecke folgend – ein Referat über Carl Schmitt schrieb.

Außerdem gab es in Erlangen die intellektuell leuchtende Figur des Hans-Joachim Schöps, der als Jude unmittelbar nach 1945 wieder in Erlangen lehrte, ein Preußenfan war und begeisternde Vorlesungen zur deutschen Geistesgeschichte abhielt.

Anders hätte es in der Germanistik aussehen können, denn Heinz-Otto Burger war erst kurz zuvor emeritiert worden, lehrte nicht mehr. Wer sich aber mit neueren Tendenzen der Literatur nach 1945, also auch mit der literarischen Verarbeitung der NS-Zeit vertraut machen wollte, der war bei einem noch jugendlich wirkenden Universitätsdozenten Hans Schwerte gut aufgehoben. Dass es sich hierbei aber um einen Hans Ernst Schneider handelte, der im Ahnenerbe Himmlers gearbeitet hatte, das wusste damals keiner, und das konnte man – auch ich – nicht ahnen. Es kam auch erst sehr viel später, nach seiner erfolgreichen Tätigkeit als Ordinarius und Rektor der RWTH Aachen und nach seiner Emeritierung 1995, mit einigem öffentlichen Aplomb heraus.

Warum sage ich dies? Ich will damit sagen, dass für mich die direkte NS-Vergangenheit von Hochschullehrern und ihren Fachdisziplinen kein Thema war, obwohl ich von meinem Gymnasium in Schwäbisch Hall wusste, dass es Lehrer „mit Vergangenheit“ gab, die sich aber zu respektierten Persönlichkeiten liberalen Zuschnitts gewandelt hatten, ganz wie Schwerte, nur eben damals schon bekannt. Andererseits hat mich deren gegenseitiges „Noch-Kennen“ über einen Sohn, der bei Besson Assistent

war, zur Politikwissenschaft geführt und damit zur entscheidenden Weichenstellung in meinem Studium.

Anders stellte sich mir dies dar, als ich 1981 zur Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung (BfLR) kam. Denn diese war bei näherer Betrachtung ein wissenschaftliches Institut, das sich zwar zu einem modernen, analytisch arbeitenden Institut für wissenschaftliche Politikberatung entwickelt hatte, aber in seiner Nachkriegs- und in seiner doppelten Gründungsgeschichte, als Reichsstelle für Raumordnung und als Reichsstelle zur Landeskundlichen Bestandsaufnahme, gab es eine direkte Tradition. Diese wies zwar schon damals keine direkte Kontinuität auf, wohl aber Bezüge, nicht zuletzt auch durch Personen, die zwar nicht mehr im aktiven Berufsleben standen, aber noch lebten, z. T. als sehr reputierliche Wissenschaftler.

Was mir aber schnell auffiel, war die Tatsache, dass es in unserem fachlichen Umfeld – ganz im Unterschied zu anderen Fachgebieten – keine Tradition der Emigration gab. Die wesentlichen Personen waren auch über die Zeit von 1933 bis 1945 in Deutschland geblieben. Sie waren nicht gezwungen zu emigrieren, weshalb auch niemand nach 1945 zurückgekehrt oder eben nicht mehr zurückgekehrt war. Ganz anders als in der Politikwissenschaft, wenn ich etwa an den Doktorvater meines Doktorvaters Carl Joachim Friedrich erinnere, der in eine, seine Ausgabe von Hitlers „Mein Kampf“, die in meinem Besitz ist, auf dem Vorblatt folgende Verse Georg Herweghs notiert hatte:

„Wir reiten bang, wir reiten stumm, wir reiten ins Verderben“

(Im Original: „Die bange Nacht ist nun herum. / Wir reiten still, wir reiten stumm, / Wir reiten ins Verderben. / Wie weht so scharf der Morgenwind! / Frau Wirtin, noch ein Glas geschwind / Vor'm Sterben, vor'm Sterben.“ Georg Herwegh, Reiterlied von 1841. Gefunden im Kommersbuch der Deutschen Burschenschaften.)

Außerdem gaben und geben wir, d. h. die BfLR und jetzt das BBR gemeinsam mit der ARL, die Zeitschrift Raumforschung und Raumordnung (RuR) heraus, die ganz offensichtlich ihre Tradition, ihre Gründung, rein äußerlich schon an der Durchzählung der Jahrgänge erkennbar, auf die Zeit des Nationalsozialismus zurückführt. Ich ahnte mehr denn dass ich es wusste: Hier gibt es große Teile an unbewältigter – überhaupt nicht angesprochener, geschweige denn thematisierter – Vergangenheit.

Mein erster Versuch, einen Anstoß zu einer gemeinsamen Aufarbeitung zu geben, nämlich 1985 zu den 50-jährigen Jubiläen der Gründungen der Reichsstelle für Raumordnung und der Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung, und gemeinsam mit der ARL kritisch unserer Ursprünge zu gedenken, scheiterte. Mir wurde bedeutet, es lebten noch zu viele aus dieser Zeit, die inzwischen wieder reputierliche Vertreter unseres Faches geworden waren. Ich beließ es dabei, gab es inzwischen doch genug andere Herausforderungen, darunter nicht zuletzt die sich anbahnende Wiedervereinigung.

Ein zweiter Anstoß kam dann nach der Fusion von BBD und BfLR zum BBR mit der Idee, eine Chronik, die die Vergangenheit beider Einrichtungen darstellen sollte, zu verfassen. Mit dieser Aufgabe wurde Andreas Kübler betraut. Mit ihm bin ich in langen Gesprächen unsere Vergangenheit durchgegangen. Aber insbesondere die Zeit vor 1945 hat er selbstständig recherchiert, dargestellt und eindeutige, wie deutliche Worte gefunden.

Aber der endgültige Anstoß, sich mit „unserer“ NS-Vergangenheit intensiver zu beschäftigen, kam für mich, als ich in einem Antiquariat in Bonn das Buch von Max Weinreich „Hitler's Professors“ entdeckte und in den USA erwarb. Hier wurde schon zu einem sehr frühen Zeitpunkt nach 1945 der Frage nachgegangen, was das für Wissen-

schaftler waren, die zu Hitlers Professoren geworden waren, obwohl sie alle schon vor der Machtergreifung eine wissenschaftliche Reputation hatten. Als einschlägig „markante“ Persönlichkeit tauchte hier wie bei Andreas Kübler Konrad Meyer auf.

Als dann die Idee entstand, innerhalb von RuR der „Ursprünge“ zu gedenken, kam mir der Gedanke, die Jahrgänge der RuR, die in der NS-Zeit erschienen sind, durchgängig zu lesen, um herauszufinden, was darin als Quelle der Zeit wirklich stand und wes Geistes Kind die Beiträge und deren Urheber waren.¹ Es ging also weniger um eine historische Arbeit durch breit angelegte Quellenarbeit, wie es andere inzwischen geleistet haben, sondern eher um das intensive Analysieren einer Stichprobe, aber durchaus unter Zuhilfenahme von anderen einschlägigen Studien. Dies habe ich inzwischen getan, aber noch nicht endgültig zusammengefasst. Heute möchte ich daraus einen Ausschnitt präsentieren, der sich insbesondere auch mit möglichen Kontinuitäten nach 1945 befassen soll.

2

Dazu einige Anmerkungen, die nötig sind, um die Stellung von Raumforschung und Raumordnung in Deutschland zu verstehen, aber auch ihre eventuellen „Sonderwege“:

- Vorstellungen und Gedanken zur Raumordnung sind in Deutschland nicht entstanden aus der Sorge um das „flache Land“, sondern wegen der Steuerung und Planung der wuchernden Agglomerationsräume, insbesondere Großberlins und des Ruhrgebietes.
- Es ist eine besondere deutsche Konstellation, wenn nicht gar fatale Ironie, dass durch die Machtergreifung des Nationalsozialismus die frühe und bereits zuvor angelegte Tendenz von „Agrarromantik und Großstadtfeindschaft“ sich auch politisch (= planerisch) zu einer Abkehr von der Stadt und hin zu einer gezielten Entwicklung der ländlichen Räume verfestigte, obwohl die eigentliche „Stärke“ des Regimes auf den Städten, auf den dort vorhandenen industriellen Kapazitäten fußte.
- Der nach 1945 von den Alliierten geförderte Föderalismus ist ein Reflex auf die von ihnen verfolgte Auflösung eines allmächtigen deutschen, NS-geprägten Nationalstaates. Die im Gefolge entstandenen föderalen Strukturen berücksichtigten in ihrer Landesplanung vorzugsweise den Ländlichen Raum.
- Es ist ein Fehler zu meinen, dass technische Fähigkeiten der Analyse und der Planung im Bereich der Räumlichen Planung neutrale Techniken seien. Wegen ihrer Einbettung in das gesellschaftliche und politische Umfeld sind sie nie wertfrei und „unschuldig“, sondern das Resultat wertender Entscheidungen. Wichtig ist, wer bestimmt.
- Es gab und gibt bei der räumlichen Planung wenig kritische, d.h. selbstreflexive Masse, weder bei den Praktikern noch bei den Beratern. Allerdings hatte sie auch immer damit zu kämpfen, dass planerische Ansätze als eher dirigierend angesehen und somit abgetan werden konnten – insbesondere in der Nachkriegszeit.

¹ Im Einzelnen geht es um folgende Jahrgänge der Raumforschung und Raumordnung: 1. Jahrgang 1936/1937, 2. Jahrgang 1938, 3. Jahrgang 1939, 4. Jahrgang 1940, 5. Jahrgang 1941, 6. Jahrgang 1942, 7. Jahrgang 1943, 8. Jahrgang 1944; Raumforschung – Raumordnung: Jahrgang 1948; Raumforschung und Raumordnung, Jahrgang 1950; Raumforschung und Raumordnung, 11. Jahrgang 1953.

3

Diese kurze Darstellung der Einbettung der Raumforschung und Raumordnung allgemein war meiner Meinung nach notwendig, um sie mit dem Hintergrund ihrer Entwicklung in der NS-Zeit zu konfrontieren und um Schlüsse daraus zu ziehen. Folgende Trends sind aus der Lektüre der Artikel von RuR aus dieser Zeit zu erkennen, die ich thesenartig zusammenfassen möchte:

- Der Zusammenbruch des Kaiserreiches, des „zweiten Deutschen Reiches“ hat vor dem Hintergrund des damit vermittelten nationalen Erbes und dem als ungerecht empfundenen Frieden von Versailles bei einem Teil der bürgerlichen Elite, der im Rahmen von RuR interessanterweise die Mehrheit stellte, zu einem „Versailles-Syndrom“ geführt. Im Verbund mit der Weltwirtschaftskrise wurde die Schuld für die damalige Situation bei den Alliierten gesucht und damit eine Revision von Versailles gefordert. Dies verband sich mit einer Absage an den westlichen Liberalismus und den Staatsozialismus sowjetischer Prägung (meistens als Bolschewismus bezeichnet) und führte zu der Suche nach einem dritten, gleichsam deutschen Weg. Dies führte fast nahtlos zu der Unterstützung von NS-Konzepten, die in ihrer Antihaltung ein deutsches Heil versprachen.
- Die Folgen der Industrialisierung haben in Deutschland sowohl zu einer Mythologisierung der Technik als auch zu einer Mythologisierung oder Romantisierung der Natur geführt, gewissermaßen zu einer öffentlichen Schizophrenie, die sich insbesondere in einer Ablehnung der Großstadt und in einer Romantisierung des Landlebens niederschlug – „Aus grauer Städte Mauern ...“. Wichtig ist jedoch die Beobachtung, dass diese Haltung eine Attitüde von bürgerlichen Städtern ist und nicht gedeckt wird von den tatsächlichen Wanderungen und Einstellungen von Stadtbewohnern wie Landbewohnern. Diese antistädtische Haltung ist vor der NS-Zeit entstanden, durch sie verstärkt worden und hat sich über 1945 fortgesetzt. Der Ideologiegehalt der damit verbundenen Behauptungen wird insbesondere in organischen Metaphern erkennbar: So wird noch in den 1960er Jahren von ungesunden Entwicklungen der Stadtentwicklung im Baugesetz gesprochen.
- Diese antistädtische Haltung, der eine Bevorzugung der Entwicklung der ländlichen Räume wie der Kleinstädte gegenüberstand, reflektierte eine Sehnsucht nach Übersichtlichkeit, die ihren Ausdruck in einer Planungsorientierung der Entballung oder Dezentralisierung fand. Diese Form von ländlicher, kleinstädtischer Orientierung kumulierte in der NS-Planungsideologie. Es wurde versucht, sie insbesondere in den neu eroberten Räumen Osteuropas umzusetzen, sollte aber nach dem Sieg auch im Altreich umgesetzt werden. Dieser Forderung nach räumlicher Umgestaltung stand jedoch eine fast ungehemmte, auch empirisch bestätigte Verstädterung gegenüber, die nicht zuletzt nötig war, um mit der industriellen Kraft der Städte die Eroberungsfeldzüge zu führen. Argumente für die Städte blieben nie ohne „moderierenden“ Kommentar. Es ist eine besondere Ironie, dass das Potenzial der Städter zur nachbarschaftlichen Solidarität erst dann erkannt und benannt wurde, als der Bombenkrieg Folgen zeigte.
- Nach 1945 wandelte sich das antistädtische Element in der Planung zu einer Großstadtkritik, das Element der Feindschaft wurde geringer, stellte aber eine Kontinuität über 1945 hinaus dar. Dieselben Theoretiker, die schon vor 1945 eine Dezentralisierung der Raumentwicklung gefordert und begründet hatten, setzten dies nach 1945 fort und prägten die Paradigmata der räumlichen Entwicklung weiterhin, als man sich schon nicht mehr der NS-Kontinuitäten erinnerte bzw. erinnern wollte. Unter dem Ziel der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse wurde dominant eine

Entwicklung der Ländlichen Räume gefordert und gefördert, während die Rolle der Städte für die Entwicklung des Gesamten erst in jüngster Zeit virulent geworden ist. Überspitzt formuliert, erfolgte die Operationalisierung der Gleichwertigkeitsziele als eine Kontinuität der Dezentralisierung. Die Kontinuität der Verstädterung stand und steht dem entgegen.

- Der in der NS-Zeit gepflegte antiliberalistische Ansatz, der planerisch einen deutschen Weg verfolgte, konnte in der Nachkriegszeit nicht weiterverfolgt werden. Plan und Markt standen sich konzeptionell gegenüber. Die Brücke wurde geschlagen, indem die Planer weitgehend auf eher technokratische Ansätze der technischen Vorgaben auswichen, die aus der Deskription von Tatbeständen der Entwicklung aus der Vergangenheit auf eine Präskription für die Zukunft schlossen und sie forderten. So entstand auch das System der Zentralen Orte, das sich als technische Vorgabe jedoch bestens auch mit einem konservativen basisdemokratischen Ansatz verband, nämlich das Bestehende zu schützen und auszubauen, letztendlich aber die Dynamik der Entwicklung nicht wirklich steuern konnte. Die „konterkarierenden“ Planungen anderer Fachpolitiken/-planungen, insbesondere der Verkehrsplanung, konnten so auch in aller Regel nicht moderiert, geschweige denn beeinflusst werden.
- Der Widerspruch zwischen planerischen Ansätzen und der wirklichen Entwicklung ist also ein Kontinuum, das sowohl vor wie nach 1945 festzustellen ist. Gleichwohl sind mit solchen Ansätzen Rahmenbedingungen geschaffen worden, die auch durch ihre Behauptungs-Strukturen Einfluss gewannen, die gesellschaftliche Diskussionen beeinflussten, häufig aber das Problem der Erfolglosigkeit erst schufen.
- Der Wandel des „deutschen Raumes“, der im 19. Jahrhundert wesentlich durch die Industrialisierung vorangetrieben und gestaltet wurde (Blackbourn, *The Conquest of Nature*) und insbesondere in der Verstädterung seinen Niederschlag fand, wurde mit den planerischen Vorstellungen oder Ideologien des 20. Jahrhunderts nur ansatzweise gestaltet. In Deutschland konnte durch den angestrebten deutschen Sonderweg oder auch dritten Weg damit letztlich nur eine retardierende Wirkung erreicht werden. Andererseits hat der deutsche Föderalismus nach 1945 durch eine neue Machtverteilung (balance of power), eher in West- als in Ostdeutschland, eine ausgeglichene Siedlungsstruktur entwickelt, die auf eine neue realistische Sichtweise des 21. Jahrhunderts aufbaut und nicht durch eine ideologisch gebundene Orientierung aus dem 19. Jahrhundert geprägt ist.

Dazu kann eine entideologisierende Betrachtung der vergangenen Entwicklung beitragen. Deshalb jetzt ein Überblick über die Argumentationsebenen und -strukturen der RuR im untersuchten und „gelesenen“ Zeitraum.

4

Wenn man versucht, die Aufsätze, Beiträge und wiedergegebenen Reden, die in RuR abgedruckt sind, in irgendeiner Form zu gliedern, dann kann man sie unter folgenden Überschriften charakterisieren:

- Offensichtliche nationalsozialistische Gedanken, die um den Gedankenkreis Blut und Boden, Volk und Raum kreisen:
Bereits in der Einführung von RuR als neuer wissenschaftlicher Zeitschrift steht z. B. folgender Satz: „Der Ansatz der Wissenschaft für die Raumforschung und Raumordnung wird sie zwangsläufig hineinführen in die Kernfragen des Nationalsozialismus: Blut und Boden, Volk und Raum. Die deutsche Wissenschaft wird aus

dieser Aufgabe Kräfte nehmen und geben“. Oder zum 3-jährigen Jubiläum der Reichsstelle für Raumordnung nennt der damalige Leiter Reichsminister Hanns Kerrl folgende Ziele für eine großräumig vorausschauende Raumplanung:

- „1. Stärkung der biologischen Volkskraft,
2. bestmögliche Nutzung des Bodens und seiner Kräfte,
3. arteigene Zuordnung von Volk und Landschaft,
4. Steigerung der Abwehrbereitschaft des deutschen Raumes.“

Zu dieser Diskussion passt dann eine weitere, nämlich die Diskussion der Rolle Deutschlands in Europa: die europäischen Großraumprobleme, bei der es bezogen auf Deutschland um eine Dominanz Deutschlands in Mitteleuropa geht. Diese Diskussion wurde dann intensiviert, als sich mit den Siegen in Polen und den Eroberungen von neuen Territorien in Osteuropa die Frage stellte, wie die raumpolitische Auswirkung der Gebietsausdehnung des großdeutschen Reiches auf das Altreich erfolgen sollte (Bülow). Es stellte sich die Frage, wie diese Großraumordnung aussehen sollte, es stellte sich aber auch die Frage der „Ausschaltung der Juden“. Dazu fügen sich auch die Ausführungen von Carl Schmitt um den „neuen Raumbegriff in den Rechtswissenschaften“, indem er sich insbesondere gegen die sogenannte leere Flächen- und Tiefendimension vieler Rechtsauffassungen wendet, für die „der Staat nichts anderes sei, als das auf einer bestimmten Fläche für das Recht organisierte Volk“. Dass dies insbesondere ein jüdischer Einfluss sei, betont er wörtlich, es müsse auffallen, „in welchem Maße jüdische Autoren, deren Meinungen sich sonst auf die entgegen gesetzten Theorien und Richtungen zu verteilen pflegen, hier plötzlich einmütig die Entwicklung zur leeren Raumvorstellung vorwärtstreiben“. Das gibt ihm Anlass, über das eigentümliche Missverhältnis des jüdischen Volkes, was Boden, Land und Gebiet angeht, zu rasonieren, denn dies sei in seiner Art politischer Existenz begründet. In diese Gedankengänge passen dann auch die Ausführungen des Geographen Martin Bürgener, der über die Neuordnung Polens nachdenkt, nachdem es von Deutschland erobert worden ist. Er beklagt hier insbesondere auch die Verseuchung durch eine starke jüdische Minderheit. Im Hinblick auf die Besiedlung und das Schicksal des Generalgouvernements und seiner Bestimmung als Reservat für das polnische Volkstum argumentiert er, dass sich insgesamt die Probleme des Geburtenzuwachses und der Bevölkerungsdichte im Verhältnis zu anderen Regionen des industriereichen Reichsgebietes regeln werden: „Die sich daraus ergebenden Schwierigkeiten werden durch Auswanderung außer Landes und ähnlicher bevölkerungsregulierender Maßnahmen so oder so behoben werden müssen“. Damit möchte ich die Belege für diese Art von Gedanken beenden.

- Eine zweite große Gruppe von Artikeln haben zum Thema „antistädtische, antiliberale Gedankengänge“, die die Umstrukturierung der deutschen Siedlungsentwicklung zum Ziel hatten, d.h. eine weitgehende Entballung und die Auflösung städtischer Strukturen durch Dezentralisierung, Stichwort: „Großhof Deutschland“ (Konrad Meyer).

Die Zitate zu den Argumenten, die eine neue Raumordnung und eine neue Ordnung der Raumentwicklung in Deutschland angesichts des hemmungslosen Wirtschafts- und Staatsliberalismus fordern, sind sehr vielfältig. Walter Blöcker, der stellvertretende Leiter der Reichsstelle für Raumordnung, formuliert dies schon zu Beginn, denn seiner Meinung nach sei es so: „Die Gesetze der allgemeinen Freizügigkeit und die diesem Geist entwachsenen Bodengesetze verursachten eine anhaltende Flucht des deutschen Menschen vom Land in die Stadt, von der Agrarwirtschaft zur

Industrie. (...) Das Ergebnis war ein ungesundes Anwachsen der Städte, eine Zusammenballung der Menschen in den Industriestandorten mit den schlimmen Folgen der Proletarisierung der Massen.“ Dies bleibt als plakativer Grundton ständig präsent. Wobei die Heilung mit organischen Analogien, im Sinne eines fürsorglichen Arztes gesehen wird: „Ähnlich wie beim menschlichen Körper, dessen Leistungs- und Lebensfähigkeit gefährdet ist, wenn eine kleine unscheinbare Wunde unbeachtet bleibt, ist es beim Volkskörper. Und hier sind noch manche Wunden aus früherer Zeit die sorgfältiger Behandlung und vorausschauender Pflege bedürfen.“ Konrad Meyer setzt gleichfalls die weitere Entwicklung des Vaterlandes unter das Ziel Dezentralisation, um „aus dem Schutt einer dynastischen Vergangenheit wieder die alten, natürlichen Lebenseinheiten, die deutschen Stämme und Landschaften hervorzuheben.“ Städte haben darin keinen „Raum“. Das Verhältnis von Stadt und Land wird von ihm jedoch methodisch äußerst fragwürdig angegangen, wenn er nämlich zwar erkennt, dass die traditionellen Industriegebiete an der Ruhr, in Hamburg, Mitteldeutschland und Schlesien eine höhere Arbeitslosigkeit haben als landwirtschaftliche Gebiete, er jedoch die Meinung vertritt, dass demgegenüber festzuhalten sei, dass etwa die bayerische Ostmark zu den bekanntesten Notstandsgebieten des Reiches gehöre, was er mit den Einkommensunterschieden nachzuweisen meint – was einer gewissen Rabulistik mit Indikatoren entspricht. Insofern ist es aus seiner Sicht als Agrarpolitiker auch notwendig, grundsätzlich zum Boden und zur Bodenordnung, vom „Großhof Deutschland“ zu reden. Aber auch weniger politisch gebundene Wissenschaftler wie z.B. der Volkswirt Bülow kommen in ihren Ausführungen zu volkswirtschaftlichen Aspekten der Raumentwicklung unter dem Gesichtspunkt der Standorttheorie zu Aussagen wie: „Im Gefolge von Verstädterung und Industrialisierung vollzog sich jene schicksalsschwere Zerstörung der deutschen Raum- und Volksordnung, die ihren Niederschlag fand mit dem immer schroffer werdenden Gegensatz von Stadt und Land“. Wenn dagegen jemand wie Kurt Jeserich, damals Präsident des Deutschen Gemeindetages, sich dem Thema Gemeindepolitik und Raumordnung nähert, äußert er sich sehr vorsichtig, wenn er ausführt, dass es nicht helfe, die Probleme der Raumentwicklung in Deutschland durch eine Entwicklung der ländlichen Räume vorrangig voranzutreiben, sondern es darum gehe, die Großstädte sinnvoll zu erweitern mit einem „Kranz leistungsfähiger mittlerer und kleinerer Städte“. Argumente dieser Art kommen aber in der RuR nur singulär vor.

- Es gab anlassbezogene Arbeiten, die sich auf die neuen räumlichen Konfigurationen des deutschen Reiches bezogen, sei es durch den Anschluss der Sudeten, dann Österreichs, später nach den Eroberungen in Polen und in Russland. Die damit verbundenen neuen Siedlungsentwicklungen wurden jeweils fundiert durch relativ ausführliche landeskundliche Beschreibungen.
- Es gab rein technische Abhandlungen, die sich mit Deutschland, aber auch mit der Entwicklung von Gedanken zur Raumordnung in anderen Ländern, insbesondere in den USA, beschäftigten. Solche landeskundliche Beschreibungen waren häufig sehr gut dokumentiert mit Karten und Tabellen und signalisierten einen hohen Stand des wissenschaftlichen Handwerks. Es gab in solchen Artikeln selten offene antisemitische Arbeiten. Aber es gab häufig genug implizite Wendungen, die auch bei sonst sehr nüchtern argumentierenden Autoren auftauchten.
- Es gab einzelne, offenkundig nationalsozialistisch rassistisch argumentierende Arbeiten, was aber nicht bedeutete, dass sie handwerklich schlecht waren. Soweit zur Charakterisierung der unterschiedlichen Beiträge.

5

Welche Charakterisierungen kann man für die Stoßrichtungen, die raumordnerischen Konzeptionen der verschiedenen Beiträge vornehmen? Nach meiner Lektüre würde ich Folgendes sagen:

Es gab:

- Vielfältige Argumentationen für die Neuplanungen der eroberten Ostgebiete vor dem Hintergrund der Forderungen nach „notwendigen“ Umstrukturierungen auch der Siedlungsentwicklung des Altreiches. Insofern wurden die Planungen für den Osten als Vorläufer angesehen für eine spätere, nach dem Endsieg nötig und möglich werdende Umgestaltung des gesamten deutschen Siedlungsgebietes.
- Es gab durchgängig eine Kontinuität des Antistädtischen, die sogar so weit ging, dass Aufsätze, die die Position der Städte innerhalb des deutschen Siedlungssystems als nicht durchweg abwegig ansahen, mit entsprechenden Kommentaren eingeleitet oder begleitet wurden. Diese antistädtischen Aufsätze verfolgten eine Tendenz der Raumentwicklung Deutschlands, die auf Dezentralisierung und Entballung setzt, wobei sich dies verband mit einer Kritik an der liberalen Standortpolitik, wie sie vor der Machtergreifung als geltend angesehen wurde und wie sie insbesondere als ein negatives Beispiel im Bereich der angloamerikanischen Welt angesehen wurde, wo das „laissez faire, laissez aller“ zu den unerwünschten Formen der Verstädterung geführt hätten. Diese Ablehnung der westlichen Entwicklung ging einher mit einer Formierung eines dritten, eines deutschen Weges, wobei die sie charakterisierenden Metaphern im Wesentlichen organische Analogien darstellten.
- Diese Ansätze zur Dezentralisation wurden nach der Nazizeit weiterhin verfolgt. Sie setzten sich über 1945 fort und hatten hier die gleichen Verwendungen von organischen Analogien oder von resignierenden Akzeptanzen der Gegenwart, die sich dann z.B. auf den vorherrschenden Konservatismus in der Gesellschaft etwa bei Ernst Jünger beriefen. Ein Autor forderte erneut die Auflockerung der Großstädte.
- Das Interessanteste, wenn nicht Pikanteste, ist, dass diese Gedanken der Dezentralisierung, die vor 1945 vorgetragen wurden, nach 1945 durch dieselben Autoren verfolgt wurden. Es gab bei ihnen keine Reflektion der unmittelbaren Vergangenheit, mit einer einzigen Ausnahme, nämlich Thalheim. Es gab vielmehr eine Rückkehr zu dem „unbefleckten Erbe der Technokraten“ mit der Absicht, auch hier einen Mittelweg zwischen der voranschreitenden Urbanisierung einerseits und der Entleerung der ländlichen Räume andererseits zu finden – nicht untypischerweise auch wieder hier mit der Metapher der organischen Durchdringung.

Rein technokratisch erfolgte das durch die Weiterentwicklung des Konzepts der Tragfähigkeit von Gerd Isenberg, das dieser schon zur NS-Zeit entwickelt hatte im Hinblick auf die Besiedlung der neuen Räume im Osten. Jetzt ging es um die Tragfähigkeit des geschrumpften Deutschlands zur Aufnahme von Flüchtlingen, gemessen an Faktoren wie den natürlichen Gegebenheiten, dem Grad der Erschließung, sozialer Moral, dem Niveau der Lebenshaltung, der Bedarfsrichtung und der außerwirtschaftlichen Verflechtungen.

Diese weiterhin präsenzte Ambivalenz der Stadt gegenüber, deren Existenz aber nicht gelegnet wurde, spiegelte ein Satz wie der folgende wider: „Die Großstadt in ihrer jetzigen Gestaltung ist weitgehend eine künstliche Lebensform. Ihre Daseinsberechtigung kann allerdings nicht bestritten werden“. Aber es werden auch noch 1948 solche Sätze formuliert: „Auch in der Großstadt müssen die im Menschen noch schlummernden tra-

ditionalen Kräfte, die auf Naturnähe und das eigene Haus abzielen, gestützt werden, wenn nicht alle Großstadtordnung an der Dekadenz des Großstadtmenschen scheitern sollte. Die Großstadt kann als gesunder Rahmen für das menschliche Zusammenleben nur dann entfalten, wenn durch einen starken Ausbau von Gemeinschaftsveranstaltungen ein Minimum menschenwürdiger Existenzbedingungen für Jedermann gesichert ist. Wenn diese Aufgabe verkannt wird, bringt das die Gefahr eines ungesunden Großstadtwachstums mit sich, besonders wenn ein naiver Fortschrittsoptimismus sie als die Verkörperung allen menschlichen Fortschritts betrachtet“. Oder mit den Worten des Planers Thalheim, der sich dann explizit auf seine Aufsätze vor 1945 bezieht, indem er sagt, dass das entscheidende Ziel „der Standortpolitik die Erreichung einer möglichst weitgehenden Dezentralisation sein muss. Diese meine Anschauung ist durch die Ereignisse und Entwicklung der letzten Jahre in keiner Weise verändert worden. Mehr noch als früher bekenne ich mich zu diesem Ziel aus Erwägungen, die weit über die Zusammenhänge des wirtschaftlichen, selbst des sozialen Lebens hinausgehen. Mehr denn je bin ich der Überzeugung, dass das Schicksalsproblem unserer Epoche die Bewältigung des Massendaseins und der durch den Aufstand der Massen entstandenen Fragen ist“.

Oder auch das folgende Zitat: „Denn dass auf dem Gebiete des materiellen Lebens die übermäßige Ballung industrieller Produktivkräfte und damit eng zusammenhängend die Übersteigerung der Großstadtbildung die Krankheitsbildung wesentlich gefördert hat, steht wohl außer Frage.“

Ein anderer zitiert wiederum, dass die folgende historische Sichtweise „ein selbsttätiger, un gelenkter und damit willkürlicher Ablauf des Wiederaufbaus bzw. des Neuaufbaus könnte wiederum zu den unliebsamen Folgeerscheinungen führen, wie sie die Wirtschafts- und Sozialentwicklung des 19. und 20. Jahrhunderts mit sich brachte, die einerseits Ballungsgebiete andererseits Kümmergebiete unvermittelt nebeneinander entwickeln ließ“.

Aber es wird dann auch schon ausgeführt, dass dies sich nicht mehr auf völkische Rahmenbedingungen zu beziehen habe, sondern „alle Raumordnungsarbeit geht vom Menschen aus und hat den Menschen, seine Würde und sein Wohl zum Ziel“.

6

Es ist also durchaus zu belegen, dass die Forderung nach oder das Konstatieren der Notwendigkeit der Dezentralisierung oder Entballung von den Autoren, die dazu vor 1945 relativ eindeutig Position bezogen haben, auch nach 1945 bis weit in die 50er Jahre erhoben wird, indem sie die zentralen Orientierungen von vor 1945 ohne explizit nationalsozialistische Anklänge fortführen. Sie haben damit den Rahmen für die raumwissenschaftliche und raumordnungspolitische Diskussion der Anfangsjahre der Bundesrepublik Deutschland gesetzt, und dieses war offensichtlich die Dezentralisierung und Deglomeration. Man meinte sich damals auch auf den „Großmeister“ Wilhelm Röpke berufen zu können, der gesagt habe, Dezentralisation sei ein großes Thema der Raumordnung. Aber wenn es dann heißt, „Die Raumenge und Raumnot haben als Instrument der sozialen Zersetzung und Auflösung des Kampfes und des aus ihnen geborenen Hasses in der Geschichte entscheidende Bedeutung gewonnen“, dann ist dies vor den Erfahrungen des Nationalsozialismus eine äußerst problematische Aussage, weil die Analyse der Probleme von Ballungstendenzen oder Zielen einer gesunden Dezentralisation, um der Gefahr einer sozialen Erosion zu entgehen, nicht vor einem analytischen Hintergrund geschah, der die räumlichen Gegebenheiten als solche aufnahm und sich bemühte, damit umzugehen, sondern versuchte, Konzepte zu entwickeln, die aus scheinbar rationaler Bildungsbürger- oder Verblendungsbürgersicht Konzepte predigte, die nor-

mativ durchgesetzt werden sollten, vor dem Hintergrund einer als negativ angesehenen Deskription. Es ist deshalb meine These, und damit möchte ich schließen, dass das unselige Erbe des Gedankenguts des Nationalsozialismus, bezogen auf die Raumentwicklung, auf unreflektierten und eher emotional erfahrenen denn analytisch durchdrungenen Erscheinungen des Liberalismus oder der Verstädterung als Folgen der Industrialisierungsprozesse des 19. Jahrhunderts beruhte, und eher eine ideologische Fiktion darstellte. Gleichwohl wurde diese gewissermaßen unüberprüft als Leitthema in den Beginn der Bundesrepublik nach 1945 hineingetragen, besser übernommen, indem erneut Stichworte wie Entballung, Dezentralisation im Mittelpunkt standen und die Probleme der Großstädte nicht in einer Lösung der Großstädte als solche gesucht wurden, sondern in dem Ziel, sie zu verlagern bzw. die ländlichen Räume zu entwickeln. Unter dem Deckmantel, das sage ich jetzt bewusst, der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse. Dass die wirkliche Entwicklung dann zu einer zunehmenden Verstädterung – vorangetrieben durch Suburbanisierung – führte, die viele Elemente von Eigenheimideologie umfasste und nicht immer geglückte Stadtbilder aufwies, ist erst spät als eine Realität in die Konzepte der Raumordner eingegangen. Das Erbe des Nationalsozialismus wirkte also länger als seine eigentliche Dauer. Seine fürchterliche Wirkung als Raumordnungspolitik ist teilweise in den neu eroberten Gebieten Osteuropas wirksam gewesen, aber es hat auch eine negative intensive Entfaltung nach 1945 in den Anfangsjahren der Bundesrepublik stattgefunden.

Die fachlichen Argumente, um ihre augenscheinliche NS-Ideologie bereinigt, hatten nichts an Ideologiegehalt verloren. Sie basierten auf Vorurteilen, die den Blick auf die Realität sehr verzerrten. Es war eine wirklich fatale Nachhaltigkeit, eine Sichtweise aus dem 19. Jahrhundert – völkisch überhöht und verzerrt in der NS-Zeit –, die den damaligen Problemen nicht gerecht wurde, geschweige denn den heutigen, mit denen wir aber immer noch umzugehen und denen wir uns zu stellen haben.

Zurückkehrend zu dem persönlichen Bezug, den ich am Anfang dargestellt habe, möchte ich auf eine Frage zurückgreifen, die Jan Philipp Reemtsma in einem Vortrag sich und uns gestellt hat: „Wie hätte ich mich verhalten?“ – Gedanken über eine populäre Frage“.

Seine Erörterungen, die sehr differenziert auf die historischen Hintergründe der jeweiligen Gegenwart eingehen, vor allem aber „starke moralische Komponenten“ zum Gegenstand haben, möchte ich hier nicht referieren. Die von ihm am Schluss präferierte Frage lautet dann auch: „Wie soll ich mich verhalten?“, weil sie „folgenreicher (ist) als die Frage, wie ich mich verhalten hätte.“ Auf diese Frage hat jeder individuell eine, seine/ihre Antwort(en) zu geben, eingebettet in die gesellschaftlichen und öffentlichen Gegebenheiten. Dass diese Antworten zu jeder Zeit sehr unterschiedlich gegeben werden, ist nicht nur eine Beobachtung, sondern eine Tatsache, jedoch werden die jeweiligen Auswirkungen durch die Zeitumstände mehr als beeinflusst.

Ich möchte aber eines seiner Argumente zum Schluss zitieren:

„Die Zivilisationskatastrophe der Jahre 1933 bis 1945 hat nicht darin bestanden, dass so viele Menschen der Gewalt gewichen sind und darum das Böse geduldet haben. Sie hat in dem hohen Grad an Freiwilligkeit bei der Beteiligung an Taten bestanden, deren Amoralität ganz außer Frage stand.“ (S. 25)

Hier stehen wir wieder vor der Frage, warum sich so viele Raumforscher und Raumordner in der NS-Zeit der Amoralität ihrer Pläne und Handlungen nicht bewusst waren. Ein Frage, die Weinreich bereits unmittelbar nach 1945 gestellt hat. Ob es aus Gründen der Überzeugung und Verblendung geschah oder der Karriere – viele der damaligen

Protagonisten standen noch am Anfang ihrer beruflichen Karriere – kann nur am einzelnen Fall untersucht werden. Dies gilt natürlich auch gleichermaßen für den anderen Fall, nämlich den des frühen Ahnens oder Wissens um die Gefährlichkeit des Nationalsozialismus, wie es beispielsweise der Eintrag Carl Joachim Friedrichs belegt. Leider ist die Möglichkeit, die Zeitzeugen selber zu befragen, weitgehend verstrichen. Verstrichen ist nicht die Möglichkeit, die Genese und die Kontinuitäten von Überzeugungen und Konzepten, die für sich den Anspruch von fachlicher Neutralität – der alten Lebenslüge des Obrigkeitsstaates – erheben, auf Ideologieverdacht zu untersuchen. Die dargestellten Kontinuitäten von gedanklichen Ansätzen und Konzepten über 1945 hinaus, – das offensichtlich kein wirkliches Jahr Null war –, stellen hier eine Möglichkeit dar. Sie müssen weiter verfolgt und untersucht werden.

Literatur

- Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.) (1960): 25 Jahre Raumforschung in Deutschland. Bremen.
- Blackbourn, D. (2007): Die Eroberung der Natur. Eine Geschichte der deutschen Landschaft. Stuttgart. (Zuerst in London 2006 unter dem Titel: „The Conquest of Nature. Water, Landscape and the Making of Modern Germany“ erschienen).
- Bergmann, K. (1970): Agrarromantik und Großstadtfeindschaft. Meisenheim am Glan.
- Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.) (2007): „Historische Determinanten der Raumanalyse“. In: Informationen zur Raumentwicklung, H. 10/11.
- Heinemann, I.; Wagner, P. (2006): Wissenschaft – Planung – Vertreibung. Neuordnungskonzepte und Umsiedlungspolitik im 20. Jahrhundert. Stuttgart.
- Kübler, A. (2007): Chronik Bau und Raum. Geschichte und Vorgeschichte des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung. Tübingen.
- Leggewie, C. (1998): Von Schneider zu Schwerte. Das ungewöhnliche Leben eines Mannes, der aus der Geschichte lernen wollte. München.
- Reemtsma, J.-P. (2001): „Wie hätte ich mich verhalten?“ und andere nicht nur deutsche Fragen. Reden und Aufsätze. München.
- Raumforschung und Raumordnung: Jahrgänge 1936/1937, 1938, 1939, 1940, 1941, 1942, 1943, 1944, 1948, 1953.
- Strubelt, W. (erscheint 2009): Wissenschaft in finsternen Zeiten. Die Anfangsjahre der Zeitschrift Raumforschung und Raumordnung. 1936 bis 1944.
- Weinreich, M. (1946): Hitler's Professors. The Part of Scholarship in Germany's Crimes against the Jewish People. New York.